

BFH – Anhängige Verfahren

■ **AO § 146 Abs 1:**

Gewerbebetrieb, Pauschbetrag, Unentgeltliche Wertabgabe, Richtsatzsammlung

Bundesfinanzhof Az: III R 28/22

Dürfen zusätzlich zu den Pauschbeträgen für unentgeltliche Wertabgaben für Nahrungsmittel und Getränke, welche in den für die Streitjahre jeweils gültigen amtlichen Richtsatzsammlungen für Sachentnahmen bzw. unentgeltliche Wertabgaben betreffend den Gewerbebezweig Nahrungs- und Genussmittel (Einzelhandel) vorgesehen sind, weitere Hinzuschätzungen für Entnahmen von Nicht-Lebensmitteln, sog. "Non-Food-Artikel", vorgenommen werden?

■ **AO § 218 Abs 2:**

Insolvenz, Aufrechnung, Abrechnungsbescheid, Anfechtbarkeit

Bundesfinanzhof Az: XI R 44/20

Durfte das FA nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens gegen einen Erstattungsanspruch der Insolvenzmasse mit anderen Steueransprüchen aufrechnen? Hat das FA die Aufrechnungslage durch eine anfechtbare Rechtshandlung i.S. von 96 Abs. 1 Nr. 3 InsO erlangt, weshalb die Aufrechnung unzulässig ist?

■ **AO § 39 Abs 2 Nr 1:**

Wertpapierdarlehen, wirtschaftliches Eigentum, Rückübertragungsforderung, Bilanzierung, Minderungsbetrag, Anleger-Aktiengewinn, Besitzezeit, Rückgabe, Investmentfonds, Beteiligung, Rückwirkung, Vertrauensschutz, Verfassung, Gestaltungsmissbrauch

Bundesverfassungsgericht Az: 2 BvR 744/22

(Wirtschaftliches Eigentum und Bilanzierung bei Wertpapierdarlehen - Berechnung des Minderungsbetrags nach § 20 Abs. 2 Satz 2 KStG - Ermittlung des besitzezeitanteiligen Anleger-Aktiengewinns nach Rückgabe von Fondsanteilen im Jahr 2005)

--Verfassungsbeschwerde--

- **DSGVO Art 15:**
Anspruch, Auskunft, Datenschutz-Grundverordnung

Bundesfinanzhof Az: II R 26/22

In welchem Umfang erwächst aus der europäischen Datenschutz-Grundverordnung ein Auskunftsanspruch gegenüber den Finanzbehörden?

- **DSGVO Art 15:**
Datenschutzgrundverordnung, Steuerakten, Kopie, Zurverfügungstellung, Gewerbesteuerermessbetrag

Bundesfinanzhof Az: II R 47/21

Hat ein Steuerpflichtiger einen Anspruch gegenüber dem Finanzamt auf Zurverfügungstellung einer physischen oder elektronischen Kopie der Steuerakten (hier bezüglich Daten zu den Gewerbesteuerermessbeträgen)?

- **DSGVO Art 15:**
Akteneinsicht, Datenschutzgrundverordnung, Bestandskraft, Ermessen

Bundesfinanzhof Az: II R 12/22

Steht einem Steuerpflichtigen ein Anspruch auf Akteneinsicht in die Einkommensteuerakte 2015 im Nachgang zur zwischenzeitlich bereits eingetretenen Bestandskraft des Einkommensteuerbescheides 2015 nach den Grundsätzen einer Ermessensentscheidung durch die Finanzbehörde und nach den Vorschriften der Datenschutzgrundverordnung zu?

- **EStG § 10d Abs 4 S 2:**
Altersentlastungsbetrag, Verlustabzug, Verlustvortrag, Gesamtbetrag der Einkünfte, Bezugsgröße

Bundesfinanzhof Az: IX R 7/22

Ist der im Einkommensteuerbescheid angesetzte Altersentlastungsbetrag im Rahmen der gesonderten Feststellung des verbleibenden Verlustvortrags bei der Bezugsgröße "den bei der Ermittlung des Gesamtbetrag der Einkünfte nicht ausgeglichenen negativen Einkünfte" erhöhend zu berücksichtigen?

- **ESStG § 15 Abs 3 Nr 1 Alt 2:**
Personengesellschaft, Vermögensverwaltung, Abfärbetheorie, Beteiligungseinkünfte, Bagatellgrenze

Bundesfinanzhof Az: IV R 18/22

Führen gewerbliche Beteiligungseinkünfte einer vermögensverwaltend tätigen Personengesellschaft ohne Berücksichtigung einer Geringfügigkeitsgrenze stets zur Umqualifizierung der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung in solche aus Gewerbebetrieb? Folgt daraus die Verfassungswidrigkeit des § 15 Abs. 3 Nr. 1 Alternative 2 EStG?

- **ESStG § 15a Abs 3:**
Negatives Kapitalkonto, Entnahme, Einlageminderung, Hafteinlage

Bundesfinanzhof Az: IV R 11/22

Ist 15a Abs. 3 Satz 1 EStG teleologisch dahingehend zu reduzieren, dass eine Gewinnzurechnung nicht nur ausgeschlossen ist, soweit aufgrund der Entnahmen eine nach § 15a Abs. 1 Satz 2 EStG zu berücksichtigende Haftung besteht oder entsteht, sondern auch, soweit eine Haftung nach § 15a Abs. 1 Satz 2 EStG i.V.m. § 171 Abs. 1 HGB generell besteht?

- **ESStG § 17:**
Gewinnerzielungsabsicht, Anteil, Kapitalrücklage, Veräußerung

Bundesfinanzhof Az: IX R 12/22

Steuerliche Verlustgenerierung durch Schaffung eines neuen Anteils an einer Kapitalgesellschaft mittels Kapitalerhöhungsbeschluss mit hohem Aufgeld und anschließender Weiterveräußerung an den Ehepartner - Wird die Gewinnerzielungsabsicht im Rahmen des § 17 EStG einheitlich für alle veräußerten Geschäftsanteile oder anhand jedes einzelnen Geschäftsanteils geprüft?

- **ESStG § 20 Abs 1 Nr 1:**
Kapitalertragsteuer, Erstattung, Dividende, Drittstaat, Niederlassungsfreiheit, Kapitalverkehrsfreiheit

Bundesfinanzhof Az: I R 16/22

Kein Anspruch einer Drittstaatengesellschaft auf Erstattung von Kapitalertragsteuer auf Dividenden bei Vorrangigkeit der Niederlassungsfreiheit gegenüber der Kapitalverkehrsfreiheit Kann sich eine in einem Drittstaat ansässige Kapitalgesellschaft für einen unionsrechtlichen Anspruch auf Erstattung von Kapitalertragsteuer in analoger Anwendung des § 50d Abs. 1 Satz 2 EStG nicht auf eine Verletzung der Kapitalverkehrsfreiheit berufen,

wenn ihre Beteiligung an ihrer Tochtergesellschaft ihr einen sicheren Einfluss auf die Entscheidungen der Tochtergesellschaft gewährt? Ist in einem solchen Fall die Niederlassungsfreiheit vorrangig?

■ **ESTG § 21:**

Ortsüblichkeit, Pacht, Ermittlung

Bundesfinanzhof Az: IX R 11/22

(2. Rechtszug) Ermittlung der ortsüblichen Marktpacht auf der Grundlage des Senatsurteils vom 10.10.2018 - IX R 30/17 (1. Rechtszug), insbesondere zur Unbeachtlichkeit einer Abweichung von bis zu 25%.

■ **ESTG § 23 Abs 1 S 1 Nr 1 S 1:**

Erbe, Erwerb, Erbengemeinschaft, Nämlichkeit, Grundstück, Einkünfte aus privaten Veräußerungsgeschäften

Bundesfinanzhof Az: IX R 13/22

Unterfällt der Erwerb eines Erbteils durch einen anderen Miterben dem Tatbestand eines privaten Veräußerungsgeschäfts?

Einordnung des Erwerbs eines Erbteils durch einen Miterben anhand der zivilrechtlichen Gegebenheiten?

■ **ESTG § 23 Abs 1 S 1 Nr 1 S 1:**

Privates Veräußerungsgeschäft, Miteigentumsanteil, Ausnahmetatbestand, Nutzung zu eigenen Wohnzwecken, Kind, Überlassung

Bundesfinanzhof Az: IX R 10/22

Kann sich der bisherige Ehemann, der das Alleineigentum im Rahmen der Scheidungsfolgenvereinbarung erlangt hat, die nachfolgende Nutzung der Immobilie durch seine geschiedene Ehefrau und die kindergeldberechtigten Kinder bzw. nach Auszug eines Kindes die Nutzung des verbleibenden Kindes sich zu eigenen Wohnzwecken zurechnen lassen, um den Ausnahmetatbestand des § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Satz 3 EStG zu begründen?

■ **ESStG § 3 Nr 6:**

Doppelbesteuerung, Progressionsvorbehalt, Steuerbefreiung, Drittstaat

Bundesfinanzhof Az: I R 22/22

Ist die Steuerbefreiungsvorschrift des § 3 Nr. 6 EStG auch auf Bezüge aus Drittstaaten anzuwenden?

■ **ESStG § 66 Abs 3:**

Kindergeld, Anwendungsvorschrift, Zeitpunkt, Antrag, Entstehung

Bundesfinanzhof Az: III R 27/22

Kommt es für die Anwendung der Neuregelung des § 70 Abs. 1 Satz 2 EStG auf den Zeitpunkt der Antragstellung oder die Entstehung des Kindergeldanspruchs an? Ist die Auszahlung auf sechs Monate zu begrenzen (sog. Auszahlungsbeschränkung)? Schränkt die Auszahlungsbeschränkung die Rechte des Kindergeldberechtigten, insbesondere vor dem Hintergrund europäischer schulischer Ausbildungen und Flexibilität bei den Aufenthaltsorten der Kinder während der schulischen Ausbildung, unzulässig ein?

■ **ESStG § 9 Abs 4:**

Erste Tätigkeitsstätte, Zuordnung, Beamter, Verpflegungsmehraufwand, Versetzung, Abordnung

Bundesfinanzhof Az: VI R 15/22

Welche Anforderungen sind an eine erste Tätigkeitsstätte i.S. des § 9 Abs. 4 Sätze 1 bis 3 EStG zu stellen (hier: beamtenrechtliche Versetzung nach der Ausbildung an eine Behörde und anschließende Abordnung an ursprüngliche Behörde für mehrere Jahre zur Einarbeitung mit bis zu vier Hospitationen jährlich bei neuer Behörde)?

■ **ESStG § 9:**

Werbungskosten, Kürzung, Stipendium, Arbeitslohn, Steuerfreiheit

Bundesfinanzhof Az: VI R 13/22

Ob und in welcher Höhe sind die bei den Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit geltend gemachten Werbungskosten um die gewährten Stipendienzahlungen zu kürzen (Zweckbestimmung Lebenshaltung)? - Unter welchen Voraussetzungen ist ein Lehramtsstipendium eine freigebige Zuwendung und damit eine steuerfreie Einnahme (keine Verpflichtung zu einer bestimmten Arbeitnehmertätigkeit i.S. von § 3 Nr. 44 Satz 3 EStG)?

■ ***EUV 952/2013 Art 124 Abs 1 Buchst k:***

Einfuhr, Zollschuld, Einfuhrumsatzsteuer, Begriffsauslegung, Verwendung

Bundesfinanzhof Az: VII R 17/22

Einfuhr aus der Schweiz eines dort zugelassenen, auf einem PKW-Anhänger verladene Segelboots zum Zwecke der vorübergehenden Wartung im Zollgebiet der Europäischen Union.

Ist eine Nicht-Unionsware, für die die Zollschuld nach Art. 79 des Zollkodexes der Union (UZK) entstanden ist und die danach im Zollgebiet der Union einer zollbehördlich nicht bewilligten Veredelungshandlung unterzogen wurde, als im Sinne des Artikels 124 Absatz 1 Buchstabe k UZK verwendet anzusehen?

Ist ein vorschriftswidrig in das Zollgebiet der Union verbrachter Gegenstand einfuhrumsatzsteuerrechtlich in den Wirtschaftskreislauf der Union gelangt, wenn er einer zollbehördlich nicht bewilligten Veredelungshandlung (steuerbare Dienstleistung) unterzogen und danach wieder ausgeführt worden ist?

■ ***FGO § 47 Abs 1 S 2:***

Branntweinsteuer, Erlass, Billigkeitsmaßnahmen, Klageantrag, Klageänderung, Klagefrist, Auslegung

Bundesfinanzhof Az: VII R 21/22

Erhebung von Branntweinsteuer bzw. deren Erlass nach § 163 Abs 1 S 1 AO - Wurde der selbstständige Hilfsantrag erst nach Ablauf der Klagefrist im Rahmen der Klagebegründung verfristet gestellt?

Rechtsschutzgewährende Auslegung einer durch einen Prozessbevollmächtigten mit einem Klageantrag (u.a. ... Branntweinsteuerbescheid ... in Form der Einspruchsentscheidung ... aufzuheben) versehenen Klageschrift und der als Anlage beigefügten Einspruchsentscheidung, wobei sich die Einspruchsentscheidung sowohl auf den Steuerbescheid als auch auf den ablehnenden Antrag nach § 163 AO bezieht?

■ ***GrEStG § 1 Abs 1 Nr 3 S 2 Buchst b:***

Grunderwerbsteuer, Steuerbefreiung, Umlegungsverfahren, Gestaltungsmissbrauch

Bundesfinanzhof Az: II R 14/22

Ist der Erwerb von Grundstücken im Rahmen eines Umlegungsverfahrens gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 3 Satz 2 Buchst. b GrEStG in der bis zum 28.12.2020 geltenden Fassung auch von der Grunderwerbsteuer befreit, wenn u.a. Ausgleichszahlungen geleistet wurden, oder ist die Steuerbefreiung aufgrund des § 42 AO zu verweigern?

■ **GrEStG § 1 Abs 3 Nr 1:**

Grunderwerbsteuer, Anteilsvereinigung, Anzeige, Festsetzungsverjährung

Bundesfinanzhof Az: II R 24/22

Grunderwerbsteuer durch Anteilsvereinigung: Liegt eine Anteilsvereinigung i.S. des § 1 Abs. 3 Nr. 1 GrEStG a.F. vor, wenn eine grundbesitzende GmbH weitere eigene Anteile erwirbt und einer von mehreren Gesellschaftern dadurch mindestens 95 % der nicht von der GmbH selbst gehaltenen Anteile hält? Beendet auch eine unvollständige oder unrichtige Anzeige gem. § 20 GrEStG die Anlaufhemmung zur Festsetzungsfrist?

■ **GrEStG § 8 Abs 1:**

Grunderwerbsteuer, Erwerb, Gegenleistung, Wohnungsrecht, Nießbrauch

Bundesfinanzhof Az: II R 32/22

Veräußerung von Grundbesitz unter Fortbestand der bereits bestehenden dinglichen Belastungen (Wohnungsrecht und Nießbrauch). Stellt der Wert des Wohnungs- und Nießbrauchsrechts eine dauernde Last i.S. von § 9 Abs 2 Nr. 2 Satz 2 GrEStG und danach keine Gegenleistung i.S. von § 8 Abs 1 GrEStG dar?

■ **KStG § 14 Abs 1 S 1 Nr 5:**

Organschaft, Negative Einkünfte, Verlustabzug, Rückwirkung

Bundesfinanzhof Az: I R 20/22

Unzulässige Rückwirkung der Einschränkung der Verlustnutzung durch § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 KStG i.d.F. vom 20.02.2013. Ist § 34 Abs. 9 Nr. 8 KStG i.d.F. vom 20.02.2013 verfassungskonform dahingehend einschränkend auszulegen, dass § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 KStG i.d.F. vom 20.02.2013 jedenfalls dann keine Anwendung findet, wenn noch nicht bestandskräftig abgeschlossene Veranlagungen für Veranlagungszeiträume vor 2013 solcher Steuerpflichtiger betroffen sind, die ihren Sitz und Ort der Geschäftsleitung im Inland hatten und deshalb nicht erst aufgrund der Änderung in § 14 Abs. 1 Satz 1 KStG i.d.F. vom 20.02.2013 als Organgesellschaft anerkennungsfähig geworden sind?

■ **KStG § 8b Abs 3 S 4:**

Schachtelbeteiligung, Beteiligungsgesellschaft, Forderungsverlust, Zebragesellschaft

Bundesfinanzhof Az: I R 21/22

Zur Ermittlung der Beteiligungsquote bei einer mittelbar über eine vermögensverwaltende KG gehaltenen GmbH-Beteiligung für Zwecke der Berücksichtigung von Forderungsverlusten. 1. Hält eine GmbH mittelbar über eine vermögensverwaltende KG GmbH-Beteiligungen, ist dann für die Ermittlung der für die Überschreitung der in § 8b Abs. 3

Satz 4 KStG enthaltenen Schädlichkeitsgrenze von 25 % zur Berücksichtigung von Forderungsverlusten auf die (mittelbare) Beteiligungsquote der jeweiligen Gesellschafter der KG abzustellen? 2. Ist § 8b Abs. 6 KStG lediglich für Mitunternehmerschaften einschlägig, nicht für vermögensverwaltende, nicht gewerblich geprägte Personengesellschaften?

■ **StBerG § 37:**

Steuerberaterprüfung, Bewertung, Chancengleichheit, Überdenkungsverfahren

Bundesfinanzhof Az: VII R 24/22

Folgt aus dem Grundsatz der Chancengleichheit das verfassungsrechtliche Gebot, Aufsichtsarbeiten für die Korrektur zu anonymisieren? Hat die Durchführung des Überdenkungsverfahrens unter Anwendung der Verfahrensvorschriften für die Bewertung der Aufsichtsarbeit zu erfolgen?

■ **StromStV § 1 S 1:**

Stromsteuer, Örtliche Zuständigkeit, Hauptzollamt, Betriebsstätte, Geschäftsleitung, Zuständigkeitswechsel, Verjährung

Bundesfinanzhof Az: VII R 23/22

Zur Frage des örtlich zuständigen Hauptzollamts für strom- und energiesteuerliche Entlastungsanträge, wenn die Gesellschaft mit ihrer Fabrikationsstätte auf eine Gesellschaft verschmolzen wird, wo sich der Sitz der Geschäftsleitung außerhalb des räumlichen Zuständigkeitsbereichs des (bisherigen) Hauptzollamts befindet. Ist die örtliche Zuständigkeit nach § 1 Satz 1 StromStV bzw. § 1a Satz 1 EnergieStV nur an dem Ort begründet, an dem die Geschäftsleitung des Steuerpflichtigen ihren Sitz innehat?

■ **UmwStG § 12 Abs 2 S 1:**

Umwandlung, Verschmelzung, Unionsrecht

Bundesfinanzhof Az: I R 17/22

1. Verstoßen die nationalen Regelungen in § 12 Abs. 2 Satz 1 und 2 UmwStG 2006 i.V.m. § 8b Abs. 2 Satz 1 und 2 bzw. Abs. 3 Satz 1 KStG in grenzüberschreitenden innergemeinschaftlichen Aufwärtsverschmelzungen gegen Art. 7 Abs. 1 der EU-Richtlinie 2009/133/EG vom 19.10.2009 (Fusionsrichtlinie)? 2. Folgt aus Art. 7 Abs. 1 der Fusionsrichtlinie, dass die Kosten für den Vermögensübergang den (zu 95 % steuerfreien) Übernahmegewinn nicht mindern dürfen?

■ **UStG § 1 Abs 1 Nr 1:**

Einheitliche Leistung, Umsatzsteuerpflicht, Schiffsmakler, Vermittlung

Bundesfinanzhof Az: V R 4/22

Umsatzsteuerpflicht bei Schiffsmaklerprovisionen - Einheitlichkeit der Leistung?

■ **UStG § 14 Abs 4 Nr 5:**

Vorsteuer, Schneeballsystem, Rechnung

Bundesfinanzhof Az: V R 42/21

Vorsteuerabzug bei einem Schneeballsystem (hier: bezüglich Photovoltaikanlagen) bei unsicherem Nachweis einer Lieferung infolge nicht ausreichender Rechnungsangaben?

■ **UStG § 14c:**

Rechnung, Leistung

Bundesfinanzhof Az: XI R 4/22

Weichen die Anforderungen an die Leistungsbeschreibung für Rechnungen i.S.v. § 14c UStG von denjenigen des § 15 i.V.m. § 14 Abs. 4 Nr. 5 UStG ab?

■ **UStG § 17 Abs 3 S 1:**

Einfuhrumsatzsteuer, Berichtigung, Vorsteuer, Insolvenzverfahren, Anfechtung

Bundesfinanzhof Az: XI R 7/22

Führt die erfolgreiche Durchsetzung einer Anfechtung einer Einfuhrumsatzsteuerzahlung im Insolvenzverfahren zu einer Berichtigung des Vorsteuerabzugs?

■ **UStG § 4 Nr 14:**

Steuerfreiheit, Heilbehandlung, Krankenhaus

Bundesfinanzhof Az: V R 10/22

Sind ärztliche Heilbehandlungen gemäß § 4 Nr. 14 Buchst. a UStG auch dann steuerfrei, wenn sie im Rahmen von Krankenhausleistungen erbracht werden und diese Krankenhausleistungen ihrerseits nicht nach § 4 Nr. 14 Buchst. b UStG begünstigt sind, weil nicht alle Voraussetzungen dieser Norm erfüllt sind? Wird die Anwendung von § 4 Nr. 14 Buchst. a UStG - bezogen auf die Heilbehandlung - nicht dadurch verhindert, dass der Anwendungsbereich von § 4 Nr. 14 b UStG dem Grunde nach eröffnet ist?

- **VO 517/2014:**
Technische Aerosole, Aerosolzerstäuber, Begriffsauslegung, Inverkehrbringungsverbot

Bundesfinanzhof Az: VII R 20/22

Handelt es sich bei den importierten, ausschließlich den teilfluorierten Kohlenwasserstoff R134a enthaltenden, Gasfüllern für Ausgleichsgefäße an Heizungsanlagen um ein technisches Aerosol im Sinne der EU-Gase-VO (VO 517/2014), die nicht in den freien Verkehr gebracht werden dürfen?

- **ZK Art 221 Abs 4:**
Einfuhr, Antidumpingzoll, Festsetzungsfrist, Verjährung, Drittverhalten, Ursprungszeugnis

Bundesfinanzhof Az: VII R 19/22

Antidumpingzölle auf die Einfuhren bestimmter Schuhe mit Oberteil aus Leder mit Ursprung aus der Volksrepublik China und der Sozialistischen Republik Vietnam (VO 1472/2006) –

Zur Frage des Vorliegens einer verlängerten Festsetzungsfrist von zehn Jahren, wenn der objektive und subjektive Tatbestand des § 370 Abs. 1 Nr. 1 AO nicht in einer Person erfüllt wurde, sondern auseinanderfällt. Muss sich der Steuerpflichtige in dieser Konstellation das Verhalten Dritter (hier: Hersteller - Ausstellung falsches Ursprungszeugnis) nach § 169 Abs. 2 S. 2 AO zurechnen lassen?

Kann sich der Kläger im Streitfall erfolgreich auf die EuGH-Entscheidung vom 04.02.2016 C-659/13 und C-34/14, EU:C:2016:74 bezüglich der teilweisen Ungültigkeit der VO 1472/06 berufen?